

Thomas Biebricher
Die politische
Theorie des
Neoliberalismus
suhrkamp taschenbuch
wissenschaft

⇒ Josef Hien

Gab es eine Ordoliberalisierung Europas? Thomas Biebrichers Rekonstruktion des Neoliberalismus wirft wichtige Fragen auf

Im vorliegenden Buch – es handelt sich um die deutsche Fassung seiner 2017 eingereichten Habilitationsschrift, ergänzt um einen neu verfassten Epilog (326–342) – skizziert Thomas Biebricher kritisch, welche Vorstellungen neoliberale Vordenker von Staat, Demokratie, Wissenschaft und Politik hatten. Damit aber nicht genug. Im zweiten Teil seines Buches wendet sich Biebricher der europäischen Integration und der Politik der Eurokrise zu und untersucht, wie viel Einfluss neoliberales Gedankengut auf beide hatte. Hier stellt er seine These von der »Ordoliberalisierung Europas« vor. Im Folgenden werde ich kurz auf Biebrichers Skizze des Neoliberalismus eingehen und im zweiten Teil dieser Rezension kritisch seine These der Ordoliberalisierung Europas besprechen. Vorweg kann ich sagen: Dies ist ein sehr gelungenes Buch, obwohl ich bei der empirischen Anwendung von Biebrichers Theorie des Neoliberalismus auf Europa einige Schwachstellen sehe.

Biebricher pickt sich sechs zentrale Autoren des neoliberalen Diskurses heraus: Hayek, Buchanan, Friedman, Eucken, Röpke und Rüstow. Nach einer kurzen Einführung (21–47) in das, was Neoliberalismus eigentlich ist und weshalb er entstand (Frustration mit dem alten »Paläo-Liberalismus«, Krise des Weimarer Verbändestaates, ökonomische Krise in der Zwischenkriegszeit, gesellschaftliche Verfassung etc.) und einer für meinen Geschmack ein wenig kurz geratenen historischen Kontextualisierung (Initialtreffen im Walter Lippmann-Kolloquium, Entstehung der Mont Pèlerin Gesellschaft) geht es dann auch gleich los mit der Theorie. Biebricher verrät uns leider nicht, weshalb er genau diese sechs Autoren ausgewählt hat und nicht andere, und wieso genau drei deutsche Vertreter des Ordoliberalismus

und keine der französischen (z.B. Jacques Rueff) oder italienischen (Luigi Einaudi) Zweige des Neoliberalismus dabei sind. Aber es zeigt sich im Verlauf des Buches, dass Biebricher mit diesen sechs schon eine

Thomas Biebricher (2021): Die politische Theorie des Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp. 345 S., ISBN 978-3-518-29926-5, EUR 22,00.

DOI: [10.18156/eug-2-2021-rez-2](https://doi.org/10.18156/eug-2-2021-rez-2)

enorme Bandbreite der verschiedenen neoliberalen Vorstellungen von Staat, Gesellschaft und Wettbewerb aufzeigen kann.

Methodisch vollzieht Biebricher das, was er »immanente Kritik« und »Problematisierung« der neoliberalen Theorie nennt. Ein wenig verwundert es, dass er nicht den Weg der neuen Ideologie-Studien in der Tradition von Michael Freeden gegangen ist (vgl. Freeden 1996), aber das liegt vielleicht daran, dass er eine so lange Zeit als Forscher in Frankfurt am Main verbracht hat. In der Praxis sieht das bei Biebricher so aus: zusammenfassen und zusammenbringen, destillieren und sich dann mit aller Gewalt seiner Gedankenkraft dagegenstemmen, kritisch hinterfragen und versuchen, das Gedankenkonstrukt der Neoliberalen in seiner Inkonsistenz einzureißen. Das funktioniert auch ganz gut, aber die fast vollständige Kontextlosigkeit dieser Exegese, also das ausnahmslose Sich-Berufen auf die Schriftstücke, ohne deren Ausstrahlung und Interaktion mit gesellschaftlichem Kontext, Ökonomie und Politik zu beleuchten, lässt den Leser stellenweise schon ganz schön auf dem Trockenen sitzen. Die Minischrift, in der Suhrkamp das Buch gedruckt hat und die stellenweise sich über zwei Seiten ununterbrochen erstreckenden Absätze machen es dem Leser leider auch nicht einfacher. Für die Schriftgröße kann Biebricher natürlich nichts, aber als Geheimtipp: einfach die englische Version des Buches bestellen (die vor drei Jahren bei Stanford University Press erschienen ist)! Da ist zwar das Absatzproblem nicht gelöst, aber dafür ist das Format sehr viel größer, was einfacheres Lesen und auch Notizen am Rand zulässt.

Der erste Teil des Buches ist unterteilt in die Bereiche Staat, Demokratie, Wissenschaft und Politik (49–230). Biebricher schafft es hier sehr gut, die Binnenvielfalt im Denken der verschiedenen Neoliberalen in diesen vier Bereichen wiederzugeben. Es wird die ganze Bandbreite der Spannung zwischen einem ›starken Staat‹ als Schiedsrichter über den ökonomischen Wettbewerb (Röpke, Eucken, Rüstow) und dem Plädoyer für ›weniger Staat‹ (Hayek, Friedmann) aufgezeigt, die den neoliberalen Diskurs durchzieht. Obwohl er bei verschiedenen Neoliberalen mit verschiedenen Nuancen auftritt, sieht der optimale neoliberale Staatsaufbau ungefähr wie folgt aus: föderal, dezentralisiert, subsidiär, mit direktdemokratischen Elementen, um die fehlerbelastete repräsentative Demokratie zu korrigieren; und bevölkert durch eine juristisch und ökonomisch geschulte technokratische Expertenschar und Elitenklasse.

Das vierte Kapitel zum Wissenschaftsverständnis der Ordoliberalen (161–205) ist mein Lieblingskapitel, denn gute Auseinandersetzungen mit dem Wissenschaftsverständnis der Neoliberalen wie diese hier gibt es wenige. Die neuartige Positionierung der Ordoliberalen gegen die herrschende Historische Schule der Nationalökonomie auf der einen Seite, den Mainstream der neo-klassischen Ökonomie auf der anderen Seite ist eigentlich das, was den Ordoliberalismus so besonders macht. Die Phänomenologie der Ordoliberalen zwischen Abstraktion und Erfahrungswissenschaft und der sozialphilosophische Anspruch sind besonders gut herausgearbeitet. Gut gelungen sind auch die Passagen über die internen Differenzen um die Tragkraft der *homo-oeconomicus*-Konzeption im neoliberalen Gedankenkomplex und über die Spannungen zwischen Wahrheitsanspruch, Szientismus und die ›Anmaßung von Wissen‹ (Hayek), die sich zwischen den sechs ausgewählten Neoliberalen ergeben. Das Einzige, was mir fehlt: eine genauere Beschreibung der Unterschiede, die sich aus diesem Wissenschaftsverständnis zwischen dem neoliberalen Denken und der empirischen und experimentellen Ökonomie der neueren Generationen ergeben. Wie unterscheidet sich Phänomenologie, die unter dem Namen ›Erfahrungswissenschaft‹ bei den deutschen Neoliberalen immer wieder auftaucht, genau von der empirisch fundierten neueren Institutionenökonomie (beispielsweise in der Entwicklungsökonomie) oder von der heute durch Soziologen und Politikwissenschaftler betriebenen Politischen Ökonomie? Ich hätte zu diesen Fragen gerne eine ausführlichere Diskussion gesehen, vor allem auch deshalb, weil mir das selbst immer noch nicht ganz klar ist.

Gleich als nächstes auf meiner Favoritenliste kommt der Unterbereich ›Vitalpolitik‹, welcher ebenfalls sehr gut gelungen ist. Biebricher gibt uns eine klare Vorstellung davon, wie sich die Ordoliberalen ihre idealtypisch-idyllische, kleinbäuerliche und kleinhandwerkliche Selbstversorgungsgesellschaft vorstellen. Die Beschreibung dieser kleinbürgerlichen Dorfladen-Gesellschaft ist sehr anschaulich, eine Mini-Schweiz, die wie die Hobbit-Dörfer in Tolkiens *Herr der Ringe* zu sein scheint. Biebricher hätte aber ein bisschen mehr graben können zu der Frage, wo denn dieser unterliegende romantische Konservatismus herkommt, woher er seine normative Munition bezieht, denn genau dies macht diesen Zweig der Neoliberalen so ur-deutschtümlich; und das hätte Biebricher in seinem letzten Kapitel zur Ordoliberalisierung Europas (Stichwort: Merkels Schwäbische Hausfrau) noch einmal sehr geholfen. Man fragt sich auch direkt, wie das alles mit der Vorstellung vom modernen Kapitalismus, von Wettbewerb, Markt und Konkurrenz zusammengeht. Da hätte man vielleicht ein wenig mehr

auf den dem Ordoliberalismus immanenten Kulturprotestantismus eingehen können, der ganz ähnlich ist wie der bei Max Weber, der hier die Ordoliberalen anscheinend normativ aufgeladen hat. Zu Weber gibt es ja noch viel mehr Parallelen: das phänomenologische Wissenschaftsverständnis, aber auch die Bewunderung eines Konservativen für das in die Hände spuckende, marktwirtschaftlich orientierte, nüchterne Kleinbürgertum (vgl. Stark 1968, 202; Roth 1993; Zimmermann 2006). Man kann auch das ausufernde Lamentieren über die industriegesellschaftliche Vermassung, die bei den Ordoliberalen mitschwingt, mit Webers düsterer Prophezeiung des teleologischen Wegs ins ›stahlharte Gehäuse‹ vergleichen. Hier zieht sich also eine ganz urdeutsche konservativ-liberale Linie durch von Weber zu den Ordoliberalen. Das gilt übrigens auch für viele Aspekte des Staates, die die Ordoliberalen diskutieren, wie etwa charismatische Führerfiguren und plebiszitäre Elemente, die den Parteien- und Verbändestaat in Schach halten sollen, die wir ebenso bei Weber finden. Das heißt nicht, dass nach den ordoliberalen Wurzeln bei Max Weber gesucht werden sollte; es heißt aber wohl, dass nichts über die anthropologischen Wurzeln des Neoliberalismus im Buch zu finden ist. Dass dazu keine Überlegungen angestellt werden, ist schade (nur sporadisch kommt hin und wieder etwas zur Religion, etwa 172–174). Autoren wie Philip Manow haben schon früh gezeigt, dass das normative Fundament der Ordoliberalen (wie bei Weber) im Protestantismus zu finden ist (Manow 2001).

Der größte Kritikpunkt, den ich am ersten Teil des Buches habe, bezieht sich auf die Beschränkung auf die sechs ausgewählten Repräsentanten des Neoliberalismus. Es ist schade, dass Biebricher nicht weiter exploriert, wie sich das neoliberale Denken in sukzessiven Generationen verändert hat. Ist das Demokratieverständnis eines Lars Feld oder eines Victor Vanberg wirklich das gleiche wie das der Ordoliberalen in den 1930er Jahren, sind das wirklich noch autoritäre Liberale? Wohl kaum, und was bedeutet das für die Wirkungskraft der neoliberalen Thesen, die im Buch vorgestellt werden, nachdem ja alle sechs Autoren längst das Zeitliche gesegnet haben? Wirklich toll wäre es gewesen, zu analysieren, wie sich das neoliberale Denken angepasst hat an eine Gesellschaft, die weder dem Konservatismus der 1930er noch der 1950er Jahre verhaftet, sondern in der vollständig globalisierten Welt der 2020er angekommen ist.

Allgemein kann man sagen, dass dieser erste Teil des Buches, der etwa zwei Drittel des Textes ausmacht, ziemlich gut gelungen ist und dass das Buch jedem, der sich ein bisschen fundierter mit dem Neoli-

beralismus auseinandersetzen will, wärmstens empfohlen werden kann. Mit dem zweiten Teil des Buches habe ich mehr Probleme, da dieser Teil nur ein Drittel des Textes einnimmt und kaum etwas davon darauf verwendet wird, sich mit der Wirkweise des Ordoliberalismus zu beschäftigen. Vielmehr werden hier die Stationen der Weltfinanzkrise und der Eurokrise rekapituliert, sodass Biebricher in Sachen Neoliberalismus-Analyse irgendwie nach hinten heraus die Puste ausgegangen zu sein scheint.

Biebrichers These im zweiten Teil lautet: Die europäische Integration und die Reaktion auf die Eurokrise wurden nach einem ordoliberalen Bauplan betrieben. Mit dieser Behauptung ist Biebricher nicht allein. Das war vor allem während der Krise selbst eine These, die sehr *en vogue* war und es sogar bis in den *Economist* und die *Financial Times* geschafft hat (vgl. Münchau 2014; o.A. 2015). Das Interesse am Ordoliberalismus ist ja gerade erst durch die Eurokrise, vor allem außerhalb Deutschlands, so richtig aufgekommen (vgl. Hien/Joerges (Hg.) 2017). Vor der Krise kannte das Wort außerhalb des deutschen Sprachraums kaum jemand. Biebrichers Herangehensweise entspricht dem, was ich eine Matching-Strategie nennen würde: Er nimmt sich verschiedene Institutionen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor und untersucht, inwiefern diese zentralen Standpunkten des Ordoliberalismus entsprechen. Dabei verweist er auf die Europäische Zentralbank: unabhängig, an einer harten Währung interessiert und nach dem Vorbild der deutschen Zentralbank geformt. Er unterstreicht die politische Unabhängigkeit der Kommission, die für Biebricher eine technokratische Regierung darstellt. Das demokratische Defizit der Union wird mit der ordoliberalen Skepsis gegenüber Verbänden und Parteien in der Demokratie gleichgesetzt. Der Gemeinsame Markt mit einer starken Generaldirektion Wettbewerb, die gegen Kartelle und Monopole vorgehen kann und den Wettbewerb durchsetzt, ist ein weiterer Punkt; der nicht-vorhandene Wohlfahrtsstaat und die Unmöglichkeit europäischer Steuern noch einer. Zu der Frage jedoch, wie der Ordoliberalismus dies alles bewirkt haben soll, trägt Biebricher nur wenige Indizien zusammen. Mit anderen Worten: Biebricher argumentiert, dass die EU und ihre Eurokrisenpolitik nach Ordoliberalismus riechen und schmecken – und auch so aussehen wie eine ordoliberale Kreation; aber ob es wirklich Ordoliberalismus ist? Diesen Nachweis erbringt er leider nicht.

Zum Problem wird für Biebricher, dass die Ordoliberalen dem europäischen Einigungsprozess anfänglich gar nicht wohlwollend gegenüberstanden. Das gesteht Biebricher nach ausführlicher Besprechung

der einschlägigen ordoliberalen Texte auch ein; und dies verwundert auch nicht weiter, da die europäische Wirtschaftsintegration anfänglich ein streng korporatistisches Gebilde war. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dann die Römischen Verträge; dies alles war von anti-ordoliberalen Katholiken wie De Gasperi, Schumann und Adenauer zusammengebaut, die überhaupt nicht an der freien Entfaltung des Marktes interessiert waren. Da hätte Biebricher vielleicht besser nach Nachweisen beim politischen Arm der Ordoliberalen suchen sollen, der vor allem in der Erhard-Fraktion der CDU gefunden werden könnte und der durch eine bittere Fehde in der deutschen Christdemokratie zwischen Atlantikern (Freihandelszone mit UK und vielleicht sogar USA ohne allzu viel politische Integration) und Gaullisten (politische Integration, Wirtschaftsregierung, kulturelles abendländisches Kerneuropa) gekennzeichnet war, die bis in die 1960er Jahre hinein andauerte (Hien/Wolkenstein 2021; Hien 2020; Hien 2020a).

Was der Europäischen Union ihren neoliberalen Twist gab, kam erst viel später, nämlich 1986 mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dann vor allem mit dem Maastricht-Vertrag von 1992. Zu diesem Zeitpunkt sind aber Röpke, Rüstow und Eucken schon längst verstorben. Es wäre sicherlich spannend gewesen, wenn Biebricher die Positionen ihrer Schüler herangezogen hätte, um deren Haltung zur europäischen Einigung nachzuzeichnen. Allerdings beschränkt sich Biebricher auch in diesem Teil des Buches auf Textexegese. Es kommt zu keiner Rekonstruktion des Weges, auf dem die ordoliberalen Ideen von Freiburg oder Berlin nach Brüssel gekommen sein sollen bzw. wer die Akteure waren, die diese dort hätten platzieren können. Damit fehlt der Nachweis für die Ordoliberalisierung Europas leider.

Wie könnte man diesen Nachweis wohl am besten erbringen? Man bräuchte eine Studie, die die ordoliberalen Ideen an Akteure bindet, die historisch die europäischen Institutionen besetzt haben oder die beim Aushandeln ebendieser Institutionen dabei waren. Es gibt Hinweise, dass es diese Akteure gab. Ernst-Joachim Mestmäcker, der ehemalige Leiter des Max-Planck-Instituts für Privatrecht in Hamburg und einer der wichtigsten Schüler von Franz Böhm, war in den 1960er Jahren von der Bundesregierung beauftragt worden, an der Ausgestaltung einer europäischen Wettbewerbsordnung mitzuwirken. Er war damals Professor an der Universität des Saarlandes und bekam einen Wagen mit Fahrer gestellt, der ihn nach den Vorlesungstagen

nach Brüssel fuhr.¹ Dies sollte aus den Archiven rekonstruierbar sein. Für die Zeit, in der die Neoliberalisierung Europas so richtig losging, werden solche Nachweise wohl schwieriger sein, da die Maastricht-Verhandlungen und -vorbereitungen teilweise noch mit einem Archiv-Embargo belegt sind. Man könnte sich aber alternativ eine auf Interviews basierende *Oral History*-Studie vorstellen, bei der man rekonstruieren müsste, wer an den Verhandlungen beteiligt war, wo diese Leute ihren Ordoliberalismus gelernt haben und wie dieser dann in die Ausgestaltung der Institutionen einfluss. Besonderes Augenmerk könnte man in einer solchen Studie auf das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium und die entsprechend zugeordneten Abteilungen im Kanzleramt und im Außenministerium legen.

Abschließend muss man jedoch anmerken, dass der Ordoliberalismus ein »dead man walking« ist (Hien/Joerges 2018). Durch sein Wissenschaftsverständnis ist er wenig anschlussfähig an die moderne, heute auch in Deutschland praktizierte Ökonomie angelsächsischer Prägung; und will man heute einen Lehrstuhl haben, wird es mit ordoliberalen Traktaten im Portfolio für Nachwuchswissenschaftler:innen schwierig. In den deutschen Wirtschaftswissenschaften spielt der Ordoliberalismus kaum noch eine Rolle; und mit einem Verzögerungseffekt werden bald auch die letzten ordoliberalen Widerstandsnester in der deutschen Bürokratie Geschichte sein (durch Pensionierung). Ob das gut ist, wage ich zu bezweifeln, denn wenn die gesamte Welt dem neoklassischen Mainstream angelsächsischer Prägung oder seiner neo-keynesianischen Abwandlung unterworfen wird, dann ist wieder ein gutes Stück Artenvielfalt verloren gegangen. Monoideologische Welten sind genauso wie Monokulturen in der Landwirtschaft nicht gerade das, was einem reflexiven und kritischen Progress der Menschheit zugutekommt.

(1) Interview des Autors mit Prof. Dr. Heike Schweitzer, 2017, Berlin, Freie Universität. Siehe auch Patel/Schweitzer (Hg.) (2013).

⇒ Literaturverzeichnis

Freeden, Michael (1996): *Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach*, Oxford: Oxford University Press.

Hien, Josef / Joerges, Christian (Hg.) (2017): *Ordoliberalism, Law and the Rule of Economics*, Oxford: Hart Publishers.

Hien, Josef / Joerges, Christian (2018): Dead man walking? Current European interest in the ordoliberal tradition, in: *European Law Journal* 2018; 24: 142–162. Frei zugänglich hier: Hien, Josef / Joerges, Christian (2018): Dead man walking: current European interest in the ordoliberal tradition, in: *EUI LAW*, 2018/03, Online: <http://hdl.handle.net/1814/51226>.

Hien, Josef / Wolkenstein, Fabio (2021): Where Does Europe End? Christian Democracy and the Expansion of Europe, in: *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 59: 6, Online: <https://doi.org/10.1111/jcms.13206>.

Hien Josef (2020): European integration and the reconstitution of socio-economic ideologies: Protestant ordoliberalism vs social Catholicism, in: *Journal of European Public Policy*, 27:9, 1368–1387.

Hien, Josef (2020a): Cultural Political Economy: An Alternative Approach to Understanding the Divergences between Italian and German Positions during the Euro Crisis, in: *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 58: 4, 1056–1073.

Manow, Philip (2001): Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie, in: *Leviathan* 29, 179–198.

Münchau, Wolfgang (2014): The Wacky Economics of Germany's Parallel Universe, *Financial Times* v. 16. November. Online: <https://www.ft.com/content/e257ed96-6b2c-11e4-be68-00144feabdc0> (05.12.2021).

o.A. (2015): Of rules and order. German Ordoliberalism has had a Big Influence on Policy during the Euro Crisis, *The Economist* v. 9 Mai. Online: <https://www.economist.com/europe/2015/05/09/of-rules-and-order> (05.12.2021).

Patel, Kiran Klaus / Schweitzer, Heike (Hg.) (2013): The Historical foundations of EU competition law, Oxford: Oxford University Press.

Roth, Guenther (1993): Weber the would-be Englishman: Anglophilia and family history, in: Lehmann, Hartmut/Roth Guenther (Hg.): Weber's Protestant Ethic: Origin, Evidence, Contexts, Cambridge: Cambridge University Press.

Stark, Werner (1968) The Place of Catholicism in Max Weber's Sociology of Religion, in: Sociological Analysis 29: 4, 202–210.

Zimmerman, Andrew (2006): Decolonizing Weber, in: Postcolonial Studies, 9:1, 53–79.

Josef Hien, *1981, PhD European University Institute (2012), jetzt an der Mid Sweden University, Schweden und am Institute for Future Studies, Stockholm (josef.hien@miun.se).

Zitationsvorschlag:

Hien, Josef (2021): Rezension: Gab es eine Ordoliberalisierung Europas? Thomas Biebrichers Rekonstruktion des Neoliberalismus wirft wichtige Fragen auf. (Ethik und Gesellschaft 2/2021: Friedensethik und Geopolitik). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2021-rez-2> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2021: Friedensethik und Geopolitik

Peter Rudolf: Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends

Wolfgang Huber: Streit um den gerechten Frieden – Aktuelle Herausforderungen der Friedensethik

Bernhard Koch: Die kirchliche Friedensdebatte – Beobachtungen aus philosophischer Sicht

Julian Zeyher-Quattlender: Wieviel Gewaltfreiheit verträgt der Gerechte Frieden? Zur gegenwärtigen Debatte um Aufbrüche jenseits der Rechtsethik innerhalb der evangelischen Friedensethik in Deutschland

Max Weber: To Hack Back or Not? Eine friedensethische Analyse von Cyberoperationen vor dem Hintergrund des Leitbilds des Gerechten Friedens

Nicole Kunkel: Autoregulative Waffensysteme. Automatisierung als friedensethische Herausforderung – ein Werkstattbericht